

Berufung bringt Räumungs-Aufschub

Labitzke-Areal Zwischenerfolg für Bewohner in einem Häuserkampf mit rechtlichen Mitteln

VON MATTHIAS SCHARRER

Sie hatten noch einmal Salat angepflanzt in den mit Brettern gezimmerten Beeten auf dem Fabrikvorplatz. Die Bewohner des Labitzke-Areals in Zürich Altstetten gaben die Hoffnung nicht auf, dass sie doch noch länger bleiben könnten, obwohl ihnen im Januar beschieden wurde, sie müssten Ende März weg sein. Und sie hofften zu Recht. Doch der Reihe nach.

Es ist ein ungewöhnlicher Häuserkampf, der sich um die frühere Farbenfabrik entwickelt. Auf der einen Seite sind 30 bis 50 Hausbesetzer daran beteiligt. Und dann gibt es noch ein Dutzend reguläre Mieter, die in einer Wohn- und Ateliergemeinschaft im ersten Stock des Hauptgebäudes wohnen. Sie wählten den Rechtsweg und legten kürzlich Berufung ein gegen den vom Bezirksgericht gutgeheissenen Ausweisungsantrag der Immobiliengesellschaft Mobimo AG. Der Fall ist beim Zürcher Obergericht noch pendent. Doch der Rekurs zeigt bereits Wirkung.

Noch keine Baubewilligung

Gestern Abend kam nämlich die von den Labitzke-Bewohnern erhoffte Mitteilung der Mobimo AG: Bis zum Abschluss des Rechtsverfahrens gebe es keine Räumung. Dies habe Mobimo in Absprache mit der Stadt entschieden. «Mobimo und Stadt Zürich sind nach wie vor zuversichtlich, dass die Mieter und Besetzer nach Abschluss des Rechtsverfahrens das Areal friedlich verlassen werden», heisst es weiter in dem Communiqué. Und: «Die Mobimo geht davon aus, dass die Rechtssituation vom Obergericht rasch und zu ihren Gunsten geklärt wird.»

Manche Bewohner leben seit über zehn Jahren auf dem Labitzke-Areal. Sie sind die letzten Mieter des Abbruchobjekts. Die meisten anderen zogen per 1. Januar aus, nachdem ihnen die Mobimo AG gekündigt hatte. Der Grossteil des Areals wurde daraufhin besetzt. Einige Mieter erhielten Fristerstreckung.

Simon W. (Name der Redaktion bekannt), der Sprecher der Mieter, erklärt die Hintergründe ihres Rekurses: «Wir gingen davon aus, dass das Mietverhältnis weitergeht.» Die Befristung sei juristisch umstritten, zumal noch keine Baubewilligung



Die vielfältige Zwischennutzung des Labitzke-Areals dauert seit den 1990er-Jahren an.

MTS

für das geplante Neubauprojekt vorliege. Damit würde von der langjährigen Stadtzürcher Praxis abgewichen, wonach Räumungen erst vollzogen werden, wenn eine Baubewilligung vorliegt. Als Abbruch auf Vorrat sehen die Labitzke-Bewohner daher die Pläne der Mobimo AG. «Wenn das Schicksal macht, gibt es

keine Zwischennutzungen mehr», sagt Simon W. Auf solche Zwischennutzungen seien Künstler- und Ateliergemeinschaften aber dringend angewiesen.

Ein Experiment mit Nachahmern

Die Zwischennutzung des Labitzke-Areals begann in den 1990er-Jah-

ren. Damals kaufte der auch an der Langstrasse tätige Immobilienhändler Fredy Schönholzer das Areal. Die Fabrikräume vermietete er an Gewerbetreibende, Künstler, Wohngemeinschaften. Auch ein Bordell und eine Moschee kamen dort unter, zudem Clubs, in denen nächtelang gefeiert wurde; was mitunter zu internen Konflikten führte.

Unter dem Namen Fabritzke entstand in einer Fabrikhalle ein Wohn- und Kulturexperiment: Die Bewohner, zu denen auch Simon W. zählte, teilten sich die Halle und reduzierten die Privatsphäre aufs nötigste Minimum. Der Raum wurde gemeinsam für künstlerisches Schaffen und Konzerte genutzt.

Das Experiment Fabritzke endete im Dezember 2013. Doch noch immer finden Konzerte und Partys auf dem besetzten Areal statt, die mehrere hundert Leute anlocken. «Es ist der grösste Kultursquat, den es in Zürich noch gibt», sagt Simon W. Er reiht die Labitzke-Fabrik in die Zürcher Tradition grosser Besetzungen von Wohngemeinschaften über Ego-City bis Kalkbreite ein. Mit dem feinen Unterschied, dass hier neben Besetzern eben auch noch reguläre Mieter wohnen.

Auch Nachahmer fanden sich inzwischen: So entstand in Zürich auf dem Siemens-Areal nach dem Vorbild der Fabritzke ein neues Gemeinschaftsprojekt. «Auch die Genossenschaft Kalkbreite hat das Konzept Hallenwohnen für ihr geplantes Neubauprojekt an der Lagerstrasse aufgenommen», weiss Simon W.

Doch auf dem Labitzke-Areal sind die Tage der Zwischennutzung auch mit der gestern erhaltenen Verlängerung gezählt. Die Mobimo AG, die das Areal vor zwei Jahren kaufte, hält an ihren Plänen fest: Die rund 100-jährigen Fabrikgebäude müssen einer Wohnsiedlung mit acht Gebäuden, darunter zwei 45 Meter hohen Wohntürmen, weichen. Das Baugebiet will die Mobimo AG noch diesen Frühling einreichen. Falls keine Rekurse für weitere Verzögerungen sorgen, könnte nach den Abbruch- und Sanierungsarbeiten ab Ende Jahr gebaut werden.

@ ausserdem zum Thema

Mehr Fotos vom Labitzke-Areal finden Sie online.

Zwei Milliarden für ZKB: Regierungsrat hat grosse Bedenken

Banken Zur ZKB-Vorlage, die am 7. April in den Kantonsrat kommt, hat der Regierungsrat genau genommen zwar gar nichts zu sagen. Gestern Freitag hat er in einem Brief an den Kantonsrat aber dennoch seine Bedenken geäussert. Stocke man das Eigenkapital der Zürcher Kantonalbank in diesem Ausmass auf, fehle das Geld an anderen Orten. Der Kantonsrat wird am Montag in einer Woche entscheiden, wie viel zusätzliches Kapital die Bank vom Kanton erhalten soll. Die ZKB selber fordert 2 Milliarden Franken. Die vorberatende Kommission will ihr hingegen nur 0,5 Milliarden gewähren, um die in den vergangenen Jahren stark gewachsene Bank zu bremsen.

Der Regierungsrat hat wie die Kommission grosse Bedenken, was den 2-Milliarden-Antrag der ZKB betrifft. Dieser hätte gemäss einer Mitteilung von gestern Freitag erhebliche finanzielle Auswirkungen auf den Kanton Zürich. Für das zusätzliche Eigenkapital der Bank müsste der Kanton extern Kapital aufnehmen und sich entsprechend verschulden.

Regierung fürchtet um AAA-Rating

Eine solche Investition sei im Finanzplan bisher aber nicht vorgesehen gewesen, schreibt die Regierung. Das Geld fehle dann bei anderen grossen Vorhaben, zum Beispiel bei den Spitälern, den Hochschulen und bei Verkehrsprojekten. Erhalte die ZKB das zusätzliche Geld vom Staat, werde der Handlungsspielraum des Kantons «empfindlich eingeschränkt». Die Regierung befürchtet gar, dass deswegen das AAA-Rating des Kantons auf dem Spiel stehen könnte. Von diesem ist nicht zuletzt wiederum das Rating der ZKB abhängig.

Statt den Kanton zu verschulden, schlägt der Regierungsrat vor, das zusätzliche Eigenkapital von privater Seite zu holen. Beispielsweise durch die Ausgabe von Partizipationsanleihen ohne Stimmrecht, bei der die Käufer Rendite erhalten, aber nicht mitbestimmen können. Eine andere Möglichkeit, um an Geld zu kommen, wäre es nach Ansicht des Regierungsrates, Anleihen mit Forderungsverzicht auszugeben. Hier würden die Käufer einen guten Zins erhalten, im Notfall würde ihr Geld aber zur Deckung eines Schadens eingezogen. (SDA)

Steuerung der Gefängnisse soll einfacher werden

Justiz Mit einer Neuorganisation will das Amt für Justizvollzug die Führung und Steuerung der Gefängnisse Kanton Zürich (GKZ) erleichtern. Auf den 1. April wird die GKZ deshalb in die zwei neuen Hauptabteilungen Untersuchungsgefängnisse Kanton Zürich (UGZ) und Vollzugseinrichtungen (VEZ) unterteilt. Die GKZ mit ihren 895 Vollzugsplätzen und 315 Mitarbeitenden ist die grösste der drei Hauptabteilungen im Zürcher Justizvollzug. Weitere Hauptabteilungen sind die Justizvollzugsanstalt Pöschwies (JVA) und das Massnahmenzentrum Uitikon (MZU).

Durch die Übernahme des Vollzugszentrums Bachtel und der Halbgangenschaft Winterthur sowie mit der Eröffnung des Gefängnisses Limmattal ist das GKZ laufend grösser geworden, wie der Regierungsrat gestern Freitag mitteilte. Dazu kommen bis voraussichtlich 2018/2019 weitere 288 Plätze im neuen Polizei- und Justizzentrum (PJZ). Dank der Neuorganisation sollen die Betriebe besser führ- und steuerbar werden. Der Regierungsrat hat deshalb die dafür nötige Änderung der Justizvollzugsverordnung beschlossen. (SDA)

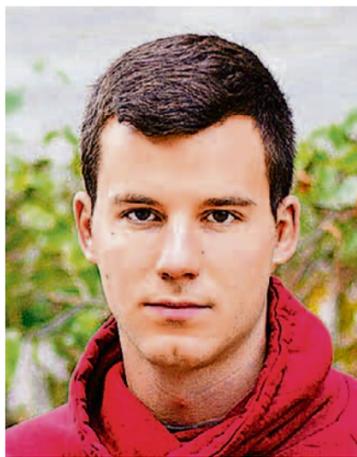
Mehr Freiheit bei den Grünen

Politik Ein Junger Grüner aus Zürich kandidiert als Vizepräsident der Grünen Schweiz. Luca Maggi engagiert sich für eine offene Ausländerpolitik.

VON THOMAS MARTH

«Klar links, aber mit mehr Freiheit und weniger Law and Order.» Damit, so ist Luca Maggi sicher, können sich die Grünen von der SP abgrenzen und bei Wahlen erfolgreich sein. Er leitet seine Überzeugung daraus ab, dass in Zürich die Alternativen die Grünen bedrängen und ausserhalb die Grünen die Grünliberalen. Solche Überlegungen sind vorderhand noch Trockenschwimmen für den 23-Jährigen, bald könnten sie aber in konkrete Strategien auf nationaler Ebene einfließen.

Heute versammeln sich die Delegierten der Grünen Schweiz in Glarus, um ihr Parteipräsidium neu zu bestellen. Die Doppelspitze mit Regula Rytz und Adèle Thorens sowie die drei Vizepräsidenten Bastien Girod, Josef Lang und Robert Cramer stellen sich zur Wiederwahl. Gewohnheitsmässig steht auch den Jungen Grünen ein Vizepräsidentensitz zu. Mit dem Rücktritt von Irène Kälin wird



Eine ausländerfreundliche Politik ist ihm wichtig: Luca Maggi. ZVG

er frei, als Ersatz nominiert ist Maggi. Gegenkandidaturen gibt es keine.

Lieber machen als berichten

Maggi studiert Soziologie und Recht. Ursprünglich hatte er die Journalistenausbildung am MAZ machen wollen, er hatte auch schon die Aufnahmeprüfung bestanden. Dann besann er sich anders. Er habe immer schon zum Radio gewollt, er

zählt er und bewarb sich daher bei den Radiostationen in und um Zürich – mit Erfolg. Nach der Matur konnte er bei Radio Munot in Schaffhausen anfangen. Dabei wurde ihm bald klar: Über Politik zu berichten, ist spannend, selber Politik zu machen, spannender. So ergab ein Studium an der Uni mehr Sinn.

Aufgewachsen ist Maggi in Zürich. Seit drei Jahren ist er bei den Grünen, 2012 wurde er Präsident der Jungen Grünen der Stadt Zürich. Im Februar gab er die Funktion wieder ab. Sein Name war ungefähr in der Mitte der Grünen Parteiliste für den Gemeinderat aufgeführt. Bei den Kantonsratswahlen im Frühling hofft er auf eine günstigere Platzierung.

Letztes Jahr engagierte er sich gegen das Hooligan-Konkordat, das mehr «Law and Order» im Fussball erlaubt – vergeblich. Zudem ist er Sprecher im 1.-Mai-Komitee. Eine ausländerfreundliche Politik ist ihm wichtig, weshalb er auch die Ecopop-Initiative bekämpft. Wie viele Studenten arbeitet er nebenher. Er tut dies im Zürcher Chreis Cheib, an der Bar im «Kaiser Franz» und als Host im Klub «Gonzo». Nicht allein wegen des Geldes, wie er betont. Auch, weil es Spass macht.

Sozialhilfe: Winterthur reicht Vorstoss ein

Behördeninitiative Die Stadt Winterthur möchte ihre hohen Sozialhilfekosten vollständig vom Kanton Zürich berappen lassen. Der Grosse Gemeinderat hat dafür gestern beim Kantonsrat eine Behördeninitiative eingereicht, wie die Stadt Winterthur mitteilte.

Die Stadt Winterthur will erreichen, dass nicht mehr die Gemeinden die Sozialhilfe finanzieren, sondern der Kanton. Das Anliegen wurde Mitte März im Grosse Gemeinderat diskutiert und mit nur drei Gegenstimmen verabschiedet.

Der Vorstoss für eine grundsätzliche Veränderung des Sozialhilfe-Systems kam von Gemeinderäten der SP, GLP, EVP, FDP und der Grünen. Sie kritisieren, dass der Kanton heute viele Vorgaben mache, die Gemeinden aber gleichzeitig keinen Ermessensspielraum mehr hätten und trotzdem bezahlen müssten.

Hintergrund des Vorstosses sind die prekären finanziellen Verhältnisse der Stadt Winterthur. Verursacht wurden diese unter anderem durch stark gestiegene Sozialhilfeausgaben. (SDA)